Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

# Beratungsergebnis

der 35. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 17.02.2025

**Tagesordnungspunkt:**

**Öffentliche Sitzung**

**6. Abschluss der Entwurfsplanung und Vorlage der Kostenberechnung für das Bevölkerungsschutzzentrum - DS-Nr.: 6344 -**

Zunächst berichtete Herr Hartwig, Büro strukh architektur, anhand der als Anlage beigefügten Präsentation zum Planungsprozess des Bevölkerungsschutzzentrums in der Leistungsphase 3 (s. Folien 1 – 8).

Anschließend stellte Herr Moamedi, Projektsteuerungsbüro Hitzler Ingenieure, die Kostenplanung sowie Kostensteuerung (s. Folien 9 – 15) vor. Zur Folie 10 merkte er an, dass die Kreisleitstelle zu einem späteren Zeitpunkt beauftragt worden sei und sich daher noch in einem früheren Planungsstadium befinde. Die Kosten für den redundanten Serverraum der Kreis-IT fielen noch an, könnten aufgrund einer Mittelumverteilung aber aus dem Projekt herausgerechnet werden.

Bei der Kostenprognose (vgl. Folie 13) wies er ergänzend nochmals darauf hin, dass sich die Kreisleitstelle in einem frühen Planungsstand befinde; folglich könne es noch zu Wechselwirkungen in der Planung kommen. Zu den anstehenden Ausschreibungen (vgl. Folie 15) teilte er mit, dass der Markt aktuell umkämpft sei und man deshalb zuversichtlich sei, die Kosten einhalten zu können.

Mitglied Kaltefleiter (CDU-Fraktion) rief in seiner Funktion als Vorsitzender des Arbeitskreises Bevölkerungsschutzzentrum zunächst in Erinnerung, dass die Kreisfeuerwehrschule den Anstoß gegeben habe. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten habe man für diese an dem derzeitigen Standort in St. Vit keine langfristige Zukunft gesehen. Man sei sich mit der Stadt Rheda-Wiedenbrück hinsichtlich einer Verlagerung einig geworden und habe schließlich in Verl ein Grundstück zur Realisierung des Bevölkerungsschutzzentrums gefunden. Mit rd. 72 Mio. € sei es die größte Einzelinvestition des Kreises.

Des Weiteren trug er vor, dass sich der Arbeitskreis intensiv mit Einsparmöglichkeiten auseinandergesetzt habe. Wie schon erwähnt worden, habe man u. a. vorgeschlagen, auf die Fahrzeughalle zu verzichten; jedoch wären dadurch die Fördermittel i. H. v. 1,9 Mio. € für das klimagerechte Bauen gefährdet gewesen. Auch habe man durch die zahlreichen Vorgaben bei einem Bau für Feuerwehr und Rettungsdienst nicht immer Handlungsmöglichkeiten; so dürfe man beispielsweise nicht die Pflastersteine von draußen auch in der Halle verlegen. Ferner stellte er heraus, dass es dem Arbeitskreis am Ende immer gelungen sei, sich zu verständigen und die Empfehlungen einstimmig abzugeben.

Da die Preise im Hochbaubereich derzeit stagnierten und teilweise sogar sinken würden, bitte er das Architekturbüro, möglichst schnell die Ausschreibungen vorzunehmen. Angedacht sei, im Herbst d. J. bereits 60 % der Kosten submittiert zu haben.

Darüber hinaus äußerte er, dass auf dem Grundstück Oberboden ab- und Füllboden aufgetragen werden müsse. Wie auch schon im Arbeitskreis, weise er nochmals darauf hin, dass, wenn man frühzeitig bei verschiedenen Erdbauunternehmen aus dem Kreis eine Preisanfrage für Bodenarbeiten stelle, man sehr gute Preise bekomme. Erfolge dies später unter Zeitdruck, koste es hingegen mehr und man müsse gegebenenfalls sogar für die „Entsorgung“ von gutem Oberboden Geld bezahlen. Wenn man Zeit habe, meldeten sich vielleicht auch andere Bauherren, die Oberboden benötigten oder Füllboden abgeben könnten. So könne man eine größere sechsstellige Summe sparen.

Der Landrat ließ wissen, dass die Verwaltung den Hinweis mitnehme. Darüber hinaus sprach er dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Arbeitskreises sowie den beteiligten Experten seinen herzlichen Dank für ihren Einsatz aus.

Mitglied Niemann-Hollatz (GRÜNE-Fraktion) bestätigte, dass man im Arbeitskreis sehr intensiv diskutiert, alles kritisch betrachtet und Einsparmaßnahmen gefunden habe. Sie freue sich, dass man im Arbeitskreis einstimmig zu dem Ergebnis gekommen sei. Die GRÜNE-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Die SPD-Fraktion freute sich, dass man mit dem Projekt jetzt soweit gekommen sei. Darüber hinaus erkundigte sie sich, ob sich durch die Einsparungen die Unterhaltungskosten erhöhen könnten. Ferner äußerte sie, die Baunebenkosten für extrem hoch zu erachten. Sie bitte, diese im Blick zu haben und zu prüfen, ob man es nicht auch bei dem ein oder anderen Gutachten etwas kostengünstiger gestalten könne.

Herr Moamedi antwortete, dass abgewogen worden sei, welche Kosteneinsparung man durchführe. Diese müsse immer insgesamt wirtschaftlich sein. Daher seien alle vorgenommenen Kosteneinsparungen auf einen gewissen Zeitraum betrachtet worden. Die Baunebenkosten seien in den letzten Jahren gestiegen und sehr hoch. Er ließ wissen, dass man nur das ausgebe, was man auch müsse; den Hinweis nehme er aber gern mit.

Darüber hinaus teilte er zur Einordnung der Kosten mit, dass die Kosten pro Quadratmeter zu Vergleichsprojekten bundesweit in einer mittleren Höhe lägen. Im Übrigen könnten die Qualitätsanforderungen des Bevölkerungsschutzzentrums nicht mit denen des Kreishauses II verglichen werden.

Der Landrat äußerte, dass seines Wissens auch im Kreis Recklinghausen ein Bevölkerungsschutzzentrum gebaut werde und die ersten Kostenberechnungen dort wohl auf 130 Mio. € hinausliefen. Auch wenn der Kreis Recklinghausen einwohnerstärker sei, zeige dies, dass man hier gut unterwegs sei.

Sodann verabschiedete der Kreisausschuss folgende

**Beschlussempfehlung an den Kreistag:**

Der Entwurfsplanung für das Bevölkerungsschutzzentrum in der vorliegenden Form wird zugestimmt. Das Projektbudget in Höhe von 72,1 Mio. € (inkl. Medienausstattung der Kreisleitstelle und ohne Einrichtungs- und Umzugskosten) wird genehmigt und die Verwaltung beauftragt, die weiteren Umsetzungsschritte einzuleiten.

Ergebnis: Einstimmig